

Bedarf es daher schon allerlei bolschewistischer Taschenspielerkunststücke, die Art der Lösung als „taktisch revolutionär“ zu beweisen, enthält sich bei näherer Betrachtung selbst das Argument von der Zweckmäßigkeit als eine elende Heuchelei, als ein raffiniertes Betrug und ein Verlogenheitsprodukt, mit dem man die Opposition zu schlagen gedachte. Das zu beweisen ist nicht schwer und darauf kommt es uns jetzt an.

Unter der Lösung einer Zweckmäßigkeitsfrage versteht jeder gewöhnlich Sterbliche, daß man vor der Entscheidung ernsthaft Vorteile und Nachteile prüft und gegenüberstellt. Sieht man, daß die Vorteile die Nachteile überwiegen, dann entscheidet man sich dafür; sieht man aber, daß die Nachteile weit größer als die Vorteile sind, muß man die Frage selbstverständlich ablehnen.

Wie liegen die Dinge nun im vorliegenden Fall? Hat die Partei die Frage vorteilhaft gelöst? Das Gegenteil ist der Fall! Das muß selbst der fanatischste Anhänger der Gegenseite zugeben, wenn er eine nüchterne Berechnung anstellt. Rechnen wir also:

Schwarz bringt der Partei an monatlichen Däten 618 RM. Ganz abgesehen vom Reich, hat die Berliner Partei- und Unionsorganisation etwa die Hälfte der Mitgliedschaft verloren. Der dadurch eingetretene Verlust an Mitgliederbeiträgen wiegt also bereits das Parlamentsgeld auf. Sehen wir uns nach weiteren „Vorteilen“ um.

Schwarz kann an der „KAZ“ mitarbeiten und besitzt außerdem eine Fahrkarte 1. Klasse für die deutsche Reichsbahn, welche letztere eine angenehme Angelegenheit sein kann für den der darauf fährt. Aber — hat die Partei dabei etwas gewonnen? Schwerlich, denn was nützt die beste Zeitung, wenn der Aktionsradius, sie abzusetzen, erheblich eingeschränkt wird, wenn die Hälfte der Ortsgruppe Berlin (und Berlin ist das Herz der Gesamtpartei) diese Zeitung nicht verteilt. Und die agitatorische Tätigkeit von Schwarz mit Hilfe der Fahrkarte? Ist der Parlamentarier als Agitator für die antiparlamentarische Partei schon an sich eine schwere Belastung, so stellen wir die Frage: Kann die tägliche Kleinarbeit der Hälfte der Berliner Mitgliedschaft in den Betrieben, auf den Stempelstellen, auf öffentlichen Versammlungen usw. auch nur entfernt durch die agitatorische Arbeit dieses einen Parlamentariers aufgewogen werden? Kein vernünftiger Mensch wird umhin können, diese Frage mit Nein zu beantworten.

Unterstellen wir auch nur einen Moment als wahr, daß diese Frage eine Zweckmäßigkeitsfrage ist, so ergibt die einfache Rechnung, daß sie, so betrachtet, falsch und unvorteilhaft gelöst wurde.

Da wir keinesfalls die Einpeitscher dieser Frage in der Partei für Dummköpfe halten, die nicht rechnen können, bleibt nur eine andere Annahme übrig: Das Argument der Zweckmäßigkeit ist unethisch und nicht ernsthaft gemeint und dahinter verbirgt sich der Verrat an revolutionärem Prinzip, der deshalb doppelt gefährlich ist, weil er ein schlechender Verrat ist. Das mögen die harmlosen, nicht so „interessierten“ ehemaligen Kampfgesossen bedenken, die auf die „Zweckmäßigkeit“ hereinzufallen sind.

Mit der Zustimmung zu dieser „Zweckmäßigkeitsfrage“ haben sie den Drahtziehern eine Vorschubzahlung auf Opportunismus bewilligt; mögen sie gut aufpassen, wenn man mit weiteren Forderungen an sie herantritt. Sonst könnte es bei dem „neuen System“ zu Zahlungen ohne Ende kommen und die Genossen zu spät merken, daß sie die Betrogenen sind.

Praxis des Leninismus.

„Revolutionärer“ Parlamentarismus.

Die französische Bourgeoisie ist gegenwärtig damit beschäftigt, im Parlament die Budgetberatung zu beschleunigen. Die „revolutionären“ kommunistischen Parlamentarier wählen sich gegen diese beschleunigte Beratung und halten lange Obstruktionsreden. Zu welchen Bocksprüngen sie dabei gelangen, zeigt der folgende Auszug aus dem Bericht einer Sitzung der Pariser Kammer anläßlich der Beratung des Marineetat, den wir dem „Berliner Tageblatt“ vom 23. November 1927 entnehmen:

„Der Kommunist Müller erhält das Wort zum Bekehrung der Mannschaften“. Müller bringt seine Rede weisheitsvoll und unklar an und wird nach den ersten Sätzen von dem Präsidenten unterbrochen. Der Vorsitzende fragt: „Was verlangen Sie eigentlich?“ Abgeordneter Müller: „Wie es scheint, wollen Sie a Tre in reden“. Als die anderen Kommunisten anrücken und durch Zwischenrufe verlangen, daß der Präsident den Redner weiter sprechen lassen solle, erwidert Bouisson sehr scharf: „Sie drohen mir mit der Geschäftsordnung gegen Sie anzuwenden, wenn Sie a g, aber der Lärm, der sich nach diesen Worten erhoben hatte, ahört, versteht man endlich, daß der Abgeordnete Müller eine bessere Bekleidung für die Marine wünscht. Der Marineminister Leygues sagt, daß er sich über diese Frage mit den technischen Beratungsstellen bereits in Verbindung gesetzt habe. Es folgen neue kommunistische Anträge von Marty und Duclos, die sämtlich zurückgewiesen werden.“

Abgesehen von der Tatsache, daß der Bericht an Hand der Geschäftsordnung des Vorsitzenden mit Deutlichkeit die Unmöglichkeit selbst der geringsten agitatorischen Arbeit im Parlament beweist, zeigt auch der kommunistische Antrag zum wiederholten Male, wohin die „revolutionäre“ Parlamentsbetätigung der 3. Internationale führt, entweder zur positiven Mitarbeit im Sinne der Bourgeoisie oder zur Lächerlichmachung des kommunistischen Gedankens.

Der kommunistische Abgeordnete für die „bessere Bekleidung“ für die Marinemannschaften, damit die Kulis der „Grande Nation“ besser wie bisher den französischen Kapitalistenstaat repräsentieren können.

Arbeiter der 3. Internationale! Denkt nach, wie weit man euch bereits in den reformistischen Sumpf geführt hat.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg.

Als Auftakt für die organisatorische und propagandistische Tätigkeit der KAP und AAU-Opposition fand am 20. November 1927 in Berlin die erste kombinierte Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt.

Nach kurzem Hinweis auf die Bedeutung der Tagung durch den Sitzungsleiter, wurde zum ersten Tagungsordnungspunkt die letzte Zentralschluß der KAP, überreicht. Noch einmal wurden die erfolgreichen Aktionen der Partei und Union anläßlich der Rußlanddelegation und der Granatenaffäre gewürdigt. Größeren Raum nahm die Zusammenarbeit mit der EL, ihre Liquidierung und ihre Auswirkungen in Anspruch. Hin gewiesen wurde auf die taktischen Fehler und die grundsätzlichen Verstöße der Körperschaften. Die Entwicklung der Opposition wurde in ihrem Gesamtzusammenhang aufgezeigt. Anschließend an das Ergebnis der ZA und die Folgerungen, die die Opposition daraus zog, wurde die Perspektive derselben ernstlich geprüft.

Das Ergebnis der anschließenden Aussprache war die einmütige Auffassung, daß der Kampf gegen die Rechtsschwärzung der Partei und die Versäufelung des KAP-Gedankens, deren erste Anfänge schon die Praxis zeigt, mit allen Kräften aufgenommen werden muß.

Die Berichte aus den Bezirken, Gruppen und dem Reich, als zweiter Tagungsordnungspunkt, zeigten, daß die Opposition überall ideale und organisatorische Fortschritte zu verzeichnen hat. Fast alle Bezirke hatten in den letzten Wochen neuen Zustrom von Mitgliedern zu verzeichnen; neue Verbindungen wurden aufgenommen.

Zum dritten Punkt, Organisatorisches, wurde festgestellt, daß der feste organisatorische Zusammenschluß aller betragssperrenden Gruppen und Bezirke, wie ihn die Groß-Berliner Organisation und die Ortsgruppe Forst beschlossen bzw. beantragt hatten, durchgeführt ist. Allseitig begrüßt wurde die in Kürze erfolgende Herausgabe eigener Presseorgane der KAP- und AAU-Opposition.

So war die erste Zusammenkunft der oppositionellen Partei- und Unionsgenossen von Berlin-Brandenburg eine einseitige Kundgebung, mit neuer Kraft und frischem Mut den Kampf aufzunehmen gegen Opportunismus und Verrat, das alte reine Banner der KAP und AAU hochzuhalten und zum Siege zu führen. Trotz alledem!

Öffentl. Versammlung der KAP. in Berlin.

Am Donnerstag, den 17. November, hielten die KAP und AAU eine öffentliche Versammlung ab. Das Thema lautete: „Der weiße Terror in Rußland“, Massenausschlüsse revolutionärer Arbeiter aus der KP, Rußlands. „Trotzki und Sinowiew“ ein neuer Fall „Sacco und Vanzetti“.

Der Referent sprach über die Ursachen, die zum Entstehen der russischen Opposition führten. Die Politik der heutigen Machthaber liegt nicht etwa an den schlechten Persönlichkeiten, sondern die „ökonomischen“ Verhältnisse erheischen diese Politik. Der Genosse zerpfückte die Taktik der „Tötung der Opposition“. Er kritisierte ihre Stellung auch in der vergangenen Zeit. Er erklärte die Stellungnahme einer revolutionären Organisation, die KAP, müßte mit aller Konsequenz ihren Weg gehen ohne irgendwelche Konzessionen.

Einem Genossen der Opposition wurden erst bei der Wortmeldung Schwierigkeiten gemacht. Da dieser jedoch diese Machination der Öffentlichkeit preisgab, sah man sich gezwungen, dem Verlangen nachzukommen. Der Genosse führte aus, welche ideologischen Verwirrungen bei den Arbeitern die Anwendung der Taktik der 3. Internationale gebracht hat, daß man nicht unterscheiden kann, daß die Politik der 3. Internationale die Staatspolitik Rußlands ist. Demgemäß ist eine Politik richtig, wie sie von der KAP, betrieben wird. Er stimmt mit dem Referenten überein, daß man ohne Konzessionen diese Politik verfolgen muß. Doch hat die KAP, mit der Art der Erledigung des Falles Schwarz diesen Weg verlassen. Genossen der KAP, sollen in den Betrieben zu ihren Worten stehen durch die Tat. Man gestattet es einem Propagandisten der KAP, als welcher Schwarz zu gelten hat, sein Reichstagsmandat zu behalten auf Grund seiner persönlichen, beruflichen Schwierigkeiten, welche ihm bei der Niederlegung daraus erwachsen würden. Dies als eine taktische Frage für die Partei zu erklären, welche man ohne Gefahr eingehen könne, hieße letzten Endes, eine Ideologie bei unseren Genossen erziehen, welche ihnen gestatten würde, bei radikaler Wortführung ihr Tatverhältnis aufzusparen bis zur Situation des Endkampfes. Dies hieße, allen ehemaligen Genossen Recht geben, welche sich in keiner Organisation befinden, uns aber auf unser Verhalten erklären: „Genossen, wenn es so weit ist, bin ich da.“

Eine Befolgung derartiger Taktik würde der Organisationslosigkeit das Wort reden. Die Genossen, welche hier im Namen der KAP, sprechen, hätten nicht das Recht, die russische Partei wegen des Ausschlusses zu kritisieren. Unser Genosse forderte die Anhänger der Zentrale auf, dahin zu wirken, daß dieser Standpunkt liquidiert wird und somit die Partei auf den alten revolutionären Boden zurückkehrt.

Es sprachen noch viele Diskussionsredner, darunter ein Anarchist, welcher sich lazesen verwarfte, daß die Namen Trotzki und Sinowiew in Verbindung mit Sacco und Vanzetti brachte. Man konnte es sich nicht verkneifen, nachdem unser Genosse geendet hatte, gleich einen ihrer Wanderredner hinterher zu senden. Dieser versuchte die Opposition als verrät und verwirrt hinzustellen. Im Schlußwort ging der Referent auch noch auf unseren Genossen ein. Er versuchte, die Opposition als eine solche ohne Grundstätze hinzustellen. Er erklärte die Stellung zum Anti-Parlamentarismus, vergaß aber hierbei, die ideologischen Folgen ihrer Elastizitätstheorie zu beleuchten. Er versuchte, der Opposition einen mehr taktischen Charakter zu geben, um dadurch die Unsinnigkeit einer Trennung mit ihnen zu beweisen. Sonst aber wäre Schwarz ein Ehrenmann, weil er die 600 RM zu Verfügung stellte. Bei vorgerückter Zeit endete die Versammlung.

Genossen, nur Mut und an die Arbeit, so werden wir jene Genossen überzeugen, welche auf Grund der langsam hinschleichenden Revolution glauben, Hilfsmitteln anwenden zu müssen, die am Ende ein größeres Unheil im revolutionären Kampfe anrichten können.

Größenwahnsinn.

Die auf dem Boden der Opposition stehende Ortsgruppe der AAU in Fürstenwalde erhielt unter dem 9. 11. 1927 folgendes Schreiben der B. L. Berlin-Brandenburg:

Herrn Hameyer, Fürstenwalde Spree.
Erwarte als letzten Termin bis zum Bußtag endgültige Abrechnung, sowie Stempel- und Materialabgabe, andernfalls erfolgt Bekanntgabe wegen Unterschlagung von Organisationsmaterial, daß Ausschuß sowie Auflösung der Ortsgruppe erfolgt ist, auch in der „Fürstenwalder Zeitung“.

Es liegt ganz an Euch, welche Konsequenz ihr ziehen wollt. B. L. Berlin-Brandenburg der AAU.
I. A.: Franz Rothe.

Dieser Brief wurde ohne jeden Versuch einer persönlichen Verständigung geschrieben und zeigt deutlich den Größenwahnsinnigen Herrenstandpunkt der Körperschaften.

Dieser unverschämten Aufforderung kam die Ortsgruppe Fürstenwalde selbstverständlich nicht nach, und prompt erschienen in der „KAZ“, Nr. 91, folgende Notiz:

„Die Ortsgruppe Fürstenwalde der AAU ist wegen Unterschlagung von Organisationsmaterial und Nichtablieferung noch vorhandener Bestände, sowie Stempel, hiermit aufgelöst. Wir warnen vor Hameyer und Mertens.“

Die Kleinert Stalmeier von Lausitzer Platz räuspert sich wie der große Moskauer Meister; nur machen sie es allzu plump.

Zur Orientierung sei bemerkt: Die „Fürstenwalder Zeitung“ ist das dortige bürgerliche Blatt. Die Drohung mit der Verschlingung der Namen unserer Genossen zeigt, zu welchen Methoden die Schwarzkörperschaften allmählich gelangen.

Frax.: Wo sitzen die politischen Desperados?

Der eingestampfte M. d. R. Schwarz.

Erst wenige Tage liegen hinter dem Zentral-Ausschuß der KAPD, der die Opposition nicht hörte und die Hälfte der Berliner Mitglieder der Partei und Union entauschte gegen den ehemals zur Mandatsniederlegung bereiten Abgeordneten Schwarz, der sich aber dies im letzten Moment „eben anders überlegt“ hat. Nach diesem „Siege“ glauben die Körperschaften, einen kleinen Schritt weiter gehen zu können, in der Annahme, die bei ihnen verbliebenen Mitglieder würden auch dieses fressen. Jedoch — ein pehlicher Vorfall ereignete

sich — und das kam so: Man druckte Plakate folgenden Inhalts:

Der weiße Terror in Rußland.

Massenausschlüsse revolutionärer Arbeiter aus der KP, Rußlands. Trotzki und Sinowiew ein neuer Fall Sacco und Vanzetti!

Öffentliche Versammlung Donnerstag, den 17. November 1927, abends 7½ Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße.

Referent: Reichstagsabgeordneter Ernst Schwarz.
Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

Abgesehen von der Geschmacklosigkeit, die prinzipiellen bolschewistischen Oppositionsführer in eine Linie mit den von der Bourgeoisie gemeinhaltenen Arbeitern Sacco und Vanzetti zu bringen, durch die Schändung der Namen der beiden Opfer der Klassenjustiz die notwendigen sensationellen Qualitäten für ein Versammlungsplakat zu erzielen, kam es zu einem Zwischenfall: Die Regie klappte nicht, denn die Parteigenossen in den Unterbezirken weigerten sich, das Versammlungsplakat zu kleben, weil ihnen der Parlamentarier Schwarz als Referent der KAP, augenscheinlich zu starker Tabak war. Zwar ist das inkonsequent; denn wenn sie für die Annahme der Däten und für seine Mitarbeit an der KAZ, sind, könnten sie ihn auch als Referenten der Partei sprechen lassen, wie das kürzlich in Bonn und Köln geschehen ist. Jedoch die Mitglieder scheinen noch nicht genügend durchbohrt zu sein, denn sie waren nicht zu bewegen, das bewußte Plakat zu kleben. Die rührigen Körperschaften wußten sich aber zu helfen; die Zelle, die den Referenten anzeigte, wurde mit einem Streifen überklebt und die Plakate von neuem in die Bezirke gesandt. Doch die Mitglieder weigerten sich erneut, zu kleben, mit der Begründung, der überklebte Streifen könnte durch Feuchtigkeit abweichen, und dann sei die Partei blamiert. Gegenüber diesen hartnäckigen Weigerungen blieb schließlich nichts anderes übrig, als neue Plakate zu drucken und einen anderen Referenten zu nehmen.

Wir sind über diesen Vorfall erfreut, weil er beweist, daß bei den Genossen der anderen Seite das Selbstbewußtsein noch nicht ganz verschwunden ist. Daß dem so ist, haben wir als unser Verdienst in der Hoffnung, daß die Genossen der Gegenseite endlich auch noch merken werden, daß sich die Partei schon genügend blamiert hat und sie allen Grund haben, die weitere Entwicklung kritisch zu verfolgen. Wie heißt es doch in der Entscheidung des Zentralschusses: „Die Nichtniederlegung des Mandats von Schwarz ist keine Frage der Partei.“

Die Praxis scheint eine andere Sprache zu sprechen, und auch wir glauben, daß diese Nichtniederlegung der KAPD, noch manche harte Nuß zu knacken geben wird. Die Opposition wird dabei helfen.

Die faschistische Opposition.

In der „KAZ“ Nr. 83 sind folgende lächerlichen Worte zu finden:

„Die Erklärung der Tatsache, daß ein Teil von Genossen aus einem ‚Fall‘, der keiner sein dürfte, einen Fall der Partei gemacht hat, soll in einer Einstellung zum Parlamentarismus gesucht werden, die sich bei näherer Betrachtung als eine unpolitische, gefühlsmäßige, faschistische, im besten Fall als eine ethische entpuppt.“

Dieser „sachliche“ Artikelschreiber erwiderte unseren Genossen, als er von ihnen deswegen zur Rede gestellt wurde, es wäre ein Druckfehler und soll nicht „faschistische“ heißen, die „KAZ“ werde es noch berichtigen. Bis heute hat jedoch die „KAZ“ nichts berichtigt und wir müssen annehmen, daß es kein Druckfehler war. Die Instanzen der Schwarzrichtung sind wirklich nicht beneidenswert um ihre „tiefen“ und „starken“ Argumente.

Mittellungen.

Alle Zahlungen unter entsprechendem Kennwort nur auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 117 149, Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kanstr. 98.

Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands Opposition.

Alle Korrespondenzen und sonstige Mittellungen an Robert Briese, Berlin S., Kottbuser Ufer 17, bei Latzke.

Organisations-Kalender.

Kommunistische Arbeiter-Partei-Opposition.

- 1./5. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Montag im Monat Sitzung im Lokal Gessat, Grandenzerstr. 3.
 2. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Oehlschläger, Berlichingenstr. 5.
 3. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Fränzel, Reinkendorferstr. 42.
 - 4./18. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Paris, Hutelandstr. 32.
 7. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat Sitzung im Lokal Koch, Schillerstr. 75.
- Ortsgruppe Forst (N.-L.): Jeden Sonntag, vormittags 10 Uhr, Sitzung der KAP und AAU im Restaurant Eranisch, Kottbuserstraße. Leser unserer Presse und Sympathisierende sind eingeladen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

- Gruppe Wedding: Jeden Mittwoch Sitzung bei Fränzel, Reinkendorferstr. 42.
- Gruppe Charlottenburg: Jeden Montag Sitzung im Jugendheim, Am Lützow.
- Gruppe Lichtenberg: Jeden Mittwoch Sitzung im Jugendheim, Dossstr. 22.

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit ab

„Kommunistischer Arbeiter“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei — Opposition

(Vor- und Zuname)

(Wohnort und Straße)

Dieser Bestellzettel ist an die Zeitungsträger der Organisation abzugeben oder per Post als Drucksache einzusenden an Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kanstr. 98.

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.